

Hauptpublikation der Finanzstatistik

Öffentliche
Verwaltung
und Finanzen

Bern 2025



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Herausgeber: Eidgenössische Finanzverwaltung
Auskunft: finstat@efv.admin.ch, Tel. 058 462 15 44
Redaktion: Eidgenössische Finanzverwaltung, EFV
Inhalt: Sektion Finanzstatistik, EFV
Reihe: Statistik der Schweiz
Themenbereich: 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
Originaltext: Französisch
Übersetzung: Sektion Sprachdienste EFD
Layout: Sektion Finanzstatistik, EFV
Publikationsdatum: 04. November 2025
Online: <https://www.efv.admin.ch>
Copyright: EFV, Bern
Wiedergabe unter Angabe der Quelle
für nichtkommerzielle Nutzung gestattet
Vertrieb: www.bundespublikationen.admin.ch, Art.-Nr. 601.100.D

Inhaltsverzeichnis

1	Das Wichtigste in Kürze	1
2	Einleitung	2
3	Öffentliche Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)	3
3.1	Finanzierungsergebnis, Einnahmen und Ausgaben	3
3.2	Bilanz und Verschuldung	8
4	Öffentliche Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich (GFS)	12
4.1	Finanzierungssaldo, Einnahmen und Ausgaben	12
4.2	Verschuldung	17
5	Anhang	20

1 Das Wichtigste in Kürze

Jahr 2023 - Die öffentlichen Haushalte weisen im Jahr 2023 einen Finanzierungsüberschuss von 3,8 Milliarden Franken auf. Während ihre Einnahmen um 3,1 Milliarden steigen, erhöhen sich ihre Ausgaben um 6,7 Milliarden auf insgesamt 252,1 Milliarden.

Das positive Ergebnis ist in erster Linie auf den Finanzierungsüberschuss der Sozialversicherungen (+5,2 Mrd.) und – in geringerem Masse – der Kantone (+128 Mio.) zurückzuführen. Der Teilsektor Gemeinden schliesst das Jahr 2023 mit einem negativen Saldo von 608 Millionen ab. Der Teilsektor Bund weist schliesslich ein Finanzierungsdefizit von 913 Millionen auf.

Jahr 2024 - Insbesondere aufgrund eines moderaten BIP-Wachstums im Jahr 2024 dürfte der Finanzierungssaldo aller öffentlichen Haushalte (ohne Sozialversicherungen) mit einem leichten Defizit von 64 Millionen Franken praktisch ausgeglichen sein. Nach vier Jahren mit einem Finanzierungsdefizit kehrte der Teilsektor Bund 2024 zu einem positiven Finanzierungssaldo von 154 Millionen zurück, während er 2023 noch ein Defizit von 913 Millionen aufwies. Die Teilsektoren Kantone und Gemeinden dürften 2024 moderate Defizite von insgesamt 122 bzw. 96 Millionen aufweisen.

Der Gesamtstaat dürfte dank der Sozialversicherungen 5,1 Milliarden Franken Überschuss schreiben. Letztere weisen trotz steigender Arbeitslosigkeit und einer Verschlechterung des Saldos der Arbeitslosenversicherung einen positiven Saldo von 5,2 Milliarden Franken auf. Das positive Ergebnis der Sozialversicherungen ist unter anderem auf ein moderates Beschäftigungswachstum zurückzuführen, das die Einnahmen stützt. Ein wichtiger Faktor ist zudem der Saldo der AHV: Dieser profitiert vom Inkrafttreten der im Rahmen der AHV-21-Reform beschlossenen Massnahmen, darunter eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Nach den Zahlen des GFS-Modells, das den internationalen Vergleich mit anderen Staaten ermöglicht, dürfte die Schweiz im Jahr 2024 einen Finanzierungsüberschuss von 0,5 % des BIP aufweisen. Zum Vergleich: Für die Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und für den Euroraum (17 Länder) wird ein durchschnittliches Defizit von 4,7 % bzw. 3,1 % des nominalen BIP erwartet.

2024 dürfte die Staatsquote der Schweiz mit 31,3 % wieder auf das Niveau von vor der Covid-19-Krise zurückkehren. Sie liegt damit weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten (42,7 %). Die Fremdkapitalquote der öffentlichen Haushalte (Schuldenquote gemäss Definition des Internationalen Währungsfonds [IWF]) dürfte für die Schweiz mit 40,5 % leicht über dem Vorjahreswert von 40,3 % liegen, während sie für den Euroraum (17 Staaten) 94,0 % und für die OECD-Staaten 111,7 % betragen wird. Die Nettoschuldenquote, die zwischenzeitlich 22,1 % erreicht hatte, nachdem die Nettoschulden in den Jahren 2020 und 2021 bedingt durch den hohen Finanzierungsbedarf im Zusammenhang mit den Stabilisierungsmassnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Krise stark angestiegen waren, dürfte im Jahr 2024 bei 18,2 % und damit unter dem Vorkrisenniveau liegen (2019: 19,1 %).

Die Zahlen von 2024 sind mit Unsicherheiten behaftet, da sie für die Teilsektoren Kantone und Gemeinden teilweise auf geschätzten Werten beruhen.

2 Einleitung

Das vorliegende Dokument mit dem Titel “Öffentliche Finanzen der Schweiz” ist die Hauptpublikation der Sektion Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV). Diese jährliche Publikation erscheint in der Regel im November und steht nur in elektronischer Form zur Verfügung.

Da ein breites Angebot an Datentabellen der Finanzstatistik auf der [Website der EFV](#) abrufbar ist, richtet sich der Fokus in dieser Hauptpublikation auf die visuelle Datenpräsentation. Die den Grafiken zugrundeliegenden Datentabellen können zusätzlich mit einem Klick auf das Icon rechts oberhalb der jeweiligen Grafik im Excel-Format heruntergeladen werden. Zudem werden sämtliche Daten der Finanzstatistik auf dem [Datenportal der EFV](#) der EFV publiziert und auch in Form von Dashboards visualisiert. Die national vergleichbaren Daten (FS) sind über den folgenden Link verfügbar: [Öffentliche Finanzen der Schweiz](#). Die international vergleichbaren Daten (GFS) sind hier abrufbar: [Öffentliche Finanzen im internationalen Vergleich](#).

Diese Publikation enthält die verfügbaren statistischen Daten bis zum Jahr 2024, wodurch eine klare Abgrenzung zwischen den überwiegend definitiven Werten der Vergangenheit und den Prognosen geschaffen wird.¹ Für bestimmte Aggregate bieten wir auf unserer [Website](#) Prognosen bis 2029 an.

Diese Publikation enthält die endgültigen Zahlen der Finanzstatistik zu den öffentlichen Haushalten bis zum Jahr 2023, sowohl nach [nationalen](#) als auch nach [internationalen](#) Statistikstandards. Ergänzend dazu werden Daten für das Rechnungsjahr 2024 präsentiert, wobei die Werte für Kantone und Gemeinden teilweise noch provisorisch sind.

Die Publikation befasst sich vorrangig mit der Entwicklung der Finanzen des Staatssektors als Ganzes. Die wichtigsten Entwicklungen der Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) werden in einigen Grafiken dargestellt und im Text erläutert.

Kapitel [3](#) präsentiert die Entwicklung und Struktur des Saldos, der Einnahmen und Ausgaben nach Arten, die Struktur und Entwicklung der Ausgaben nach Funktionen sowie die Struktur und Entwicklung der Bilanz. Kapitel [4](#) stellt die wichtigsten Aggregate der öffentlichen Finanzen im internationalen Vergleich dar.

¹ Seit dem 1. Januar 2024 werden die Prognosen der Finanzstatistik separat kommuniziert. Die letzten [Prognosen](#) wurden am 21. Oktober 2025 publiziert.

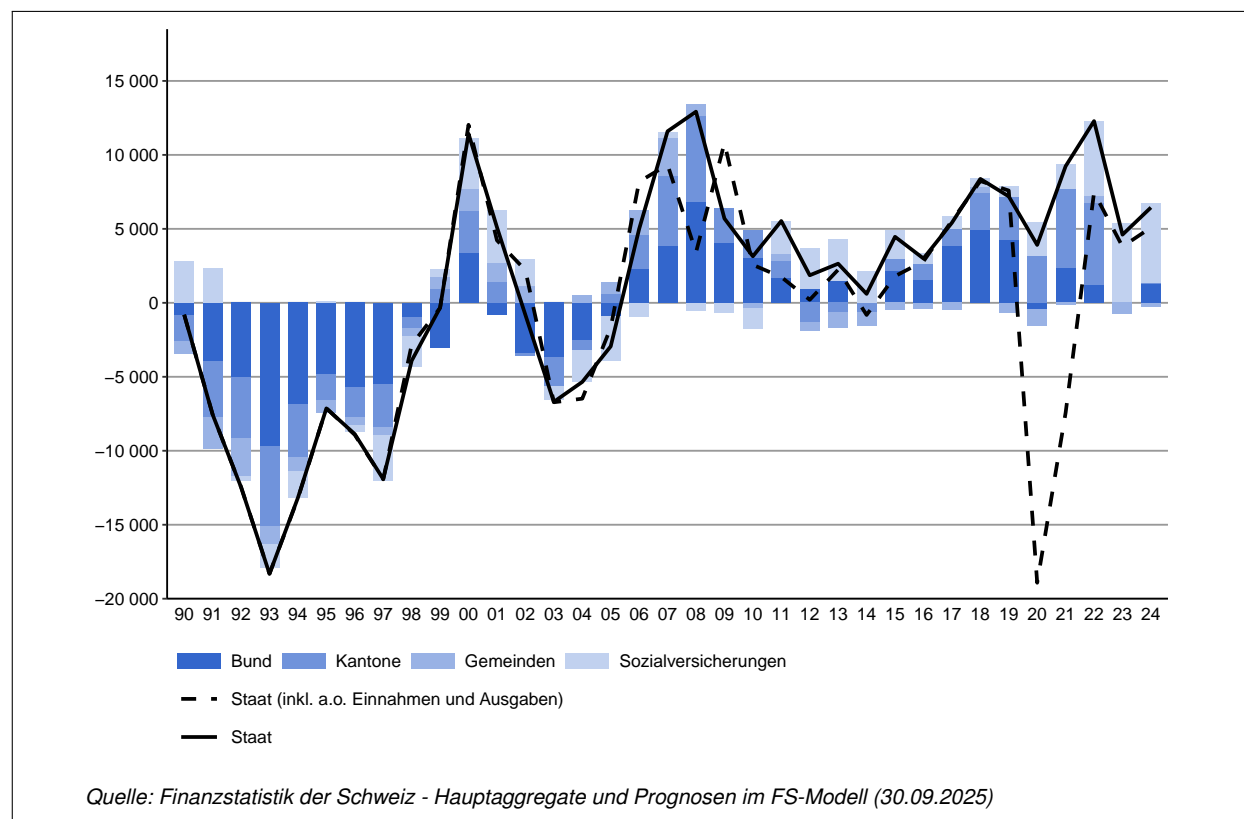
3 Öffentliche Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)

Das FS-Modell dient der nationalen Vergleichbarkeit der einzelnen öffentlichen Haushalte. Die Grundlage dafür bilden die nationalen Rechnungslegungsmodelle für die Kantone und Gemeinden (HRM1 und HRM2) und den Bund (NRM). In diesem Kapitel werden für den Staatssektor die wichtigsten Finanzkennzahlen (Ergebnis, Einnahmen, Ausgaben, Bilanz und Schulden) nach dem nationalen FS-Modell präsentiert.

3.1 Finanzierungsergebnis, Einnahmen und Ausgaben

Finanzierungsergebnis - Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Finanzierungsergebnisses der öffentlichen Haushalte im Zeitraum 1990-2024. Die schwarze Kurve und die blauen Balken stellen die Entwicklung des ordentlichen Finanzierungsergebnisses, d. h. die Differenz zwischen den ordentlichen Einnahmen und ordentlichen Ausgaben, für den Staatssektor sowie dessen Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und öffentliche Sozialversicherungen) dar. Die gestrichelte schwarze Linie veranschaulicht die Entwicklung des Finanzierungsergebnisses unter Einschluss der ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben.

Abbildung 1: Finanzierungsergebnis 1990–2024 (Mio. CHF)



In den Jahren 2014-2019 verbesserte sich die finanzielle Situation des Staates, sowohl beim ordentlichen Finanzierungsergebnis als auch bei den ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben. Doch im Jahr 2020 führte die Corona-Pandemie zur schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten und hinterliess tiefe Spuren in den Finanzen der öffentlichen Haushalte. Die hohen Ausgaben im Gesundheitswesen sowie zur Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen resultierten in einem Finanzierungsdefizit von 18,9 Milliarden Franken.

Im Jahr 2021 blieben die durch die Pandemie bedingten Belastungen bestehen, und die Staatsausgaben verharrten auf einem hohen Niveau von 250,6 Milliarden Franken. Die zusätzlichen Ausgaben wurden hauptsächlich für die Einkommensunterstützung, den Arbeitsmarkt und die Gesundheitsmassnahmen aufgewendet. Die Staatseinnahmen verbesserten sich, und das Finanzierungsdefizit fiel geringer aus als 2020, belief sich aber immer noch auf 7,4 Milliarden.

Jahre 2022 und 2023 - Nach dem Ende der Corona-Pandemie haben sich die Schweizer Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen im Jahr 2022 wieder erholt. Die öffentlichen Haushalte wiesen einen Finanzierungsüberschuss von 7,5 Milliarden Franken auf, der vor allem auf die Kantone und die Sozialversicherungen zurückzuführen war. Der Bund hingegen verzeichnete ein Defizit von 2,8 Milliarden. Die Einnahmen stiegen stark an, und die Ausgaben gingen zurück. 2023 blieb der Finanzierungssaldo positiv (+3,8 Mrd.), hauptsächlich dank der Sozialversicherungen. Der Bund wies erneut ein Defizit auf, das aber deutlich geringer war als im Vorjahr. Die Kantone verzeichneten ausgeglichene Haushalte, die Gemeinden hingegen Defizite.

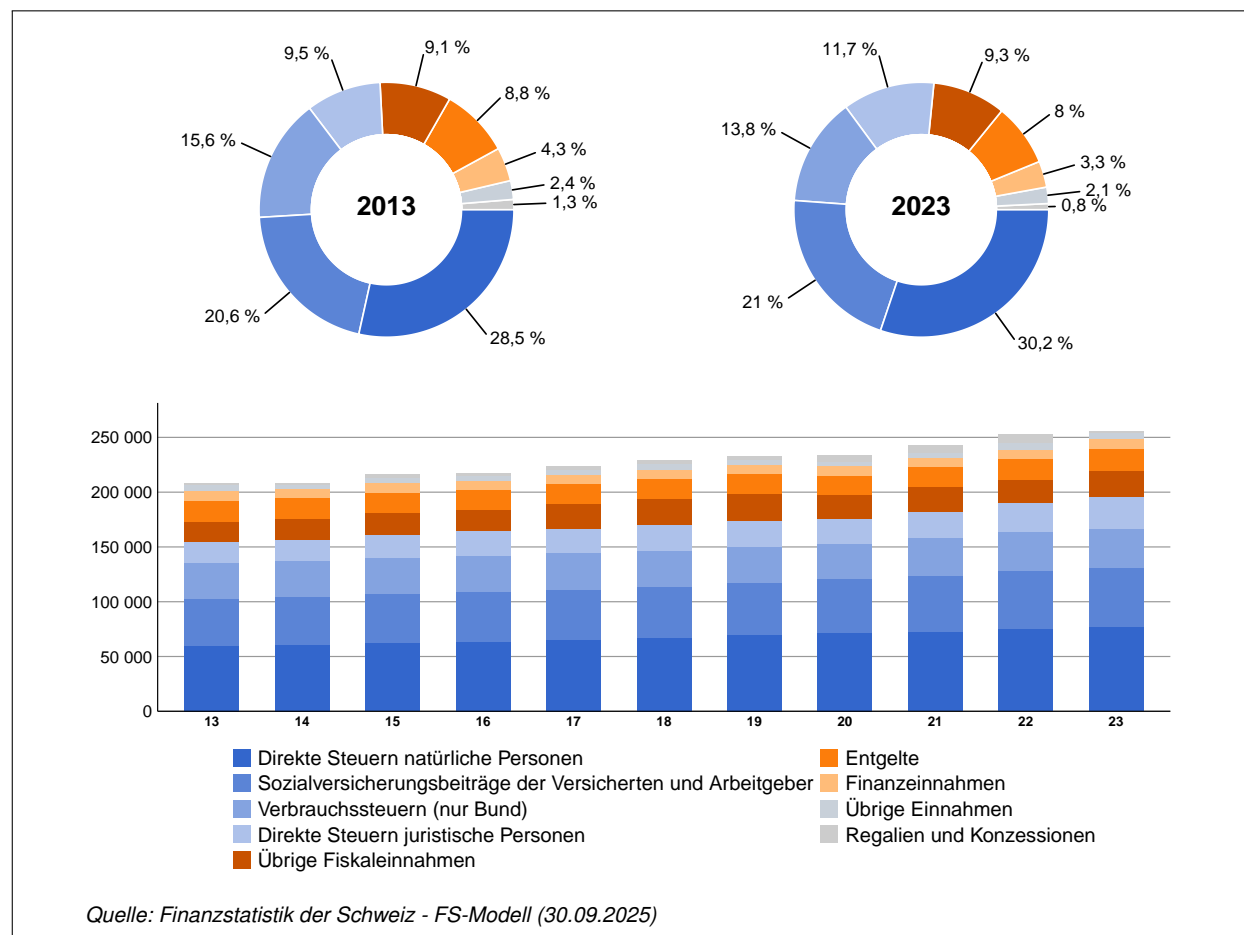
Jahr 2024 - Insbesondere aufgrund eines moderaten BIP-Wachstums im Jahr 2024 dürfte der Finanzierungssaldo aller öffentlichen Haushalte (ohne Sozialversicherungen) mit einem leichten Defizit von 64 Millionen Franken praktisch ausgeglichen sein. Nach vier Jahren mit einem Finanzierungsdefizit kehrte der Teilsektor Bund 2024 zu einem positiven Finanzierungssaldo von 154 Millionen zurück, während er 2023 noch ein Defizit von 913 Millionen aufwies. Die Teilsektoren Kantone und Gemeinden dürften 2024 moderate Defizite von insgesamt 122 bzw. 96 Millionen aufweisen. Der Gesamtstaat dürfte dank der Sozialversicherungen 5,1 Milliarden Franken Überschuss schreiben. Letztere weisen trotz steigender Arbeitslosigkeit und einer Verschlechterung des Saldos der Arbeitslosenversicherung einen positiven Saldo von 5,2 Milliarden Franken auf. Das positive Ergebnis der Sozialversicherungen ist unter anderem auf ein moderates Beschäftigungswachstum zurückzuführen, das die Einnahmen stützt. Ein wichtiger Faktor ist zudem der Saldo der AHV: Dieser profitiert vom Inkrafttreten der im Rahmen der AHV-21-Reform beschlossenen Massnahmen, darunter eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Die ausserordentlichen Ausgaben der öffentlichen Haushalte haben sich gegenüber den Jahren 2021/2022 deutlich reduziert und dürften sich 2024 auf 1,7 Milliarden Franken belaufen. Sie fallen mehrheitlich beim Bund an und setzen sich aus Transfers vom Bund an die Kantone zur Finanzierung von deren Ausgaben für die Sozialhilfepauschalen zugunsten der Schutzsuchenden aus der Ukraine zusammen. Die ausserordentlichen Einnahmen der öffentlichen Haushalte belaufen sich auf 302 Millionen. Diese fallen grösstenteils beim Bund an und umfassen Rückzahlungen von Covid-Krediten und -Darlehen sowie ausserordentliche Einnahmen im Zusammenhang mit der fortschreitenden Privatisierung der RUAG International Holding AG.

Die Zahlen von 2024 sind mit Unsicherheiten behaftet, da sie für die Teilsektoren Kantone und Gemeinden teilweise noch auf geschätzten Werten beruhen.

Einnahmen nach Arten - Die definitiven Zahlen der Finanzstatistik für das Jahr 2023 geben Aufschluss über die Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung und die Struktur der Einnahmen dieses Sektors gemäss der Artengliederung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2).

Abbildung 2: Einnahmen nach Arten (Mio. CHF und Anteil am Total)

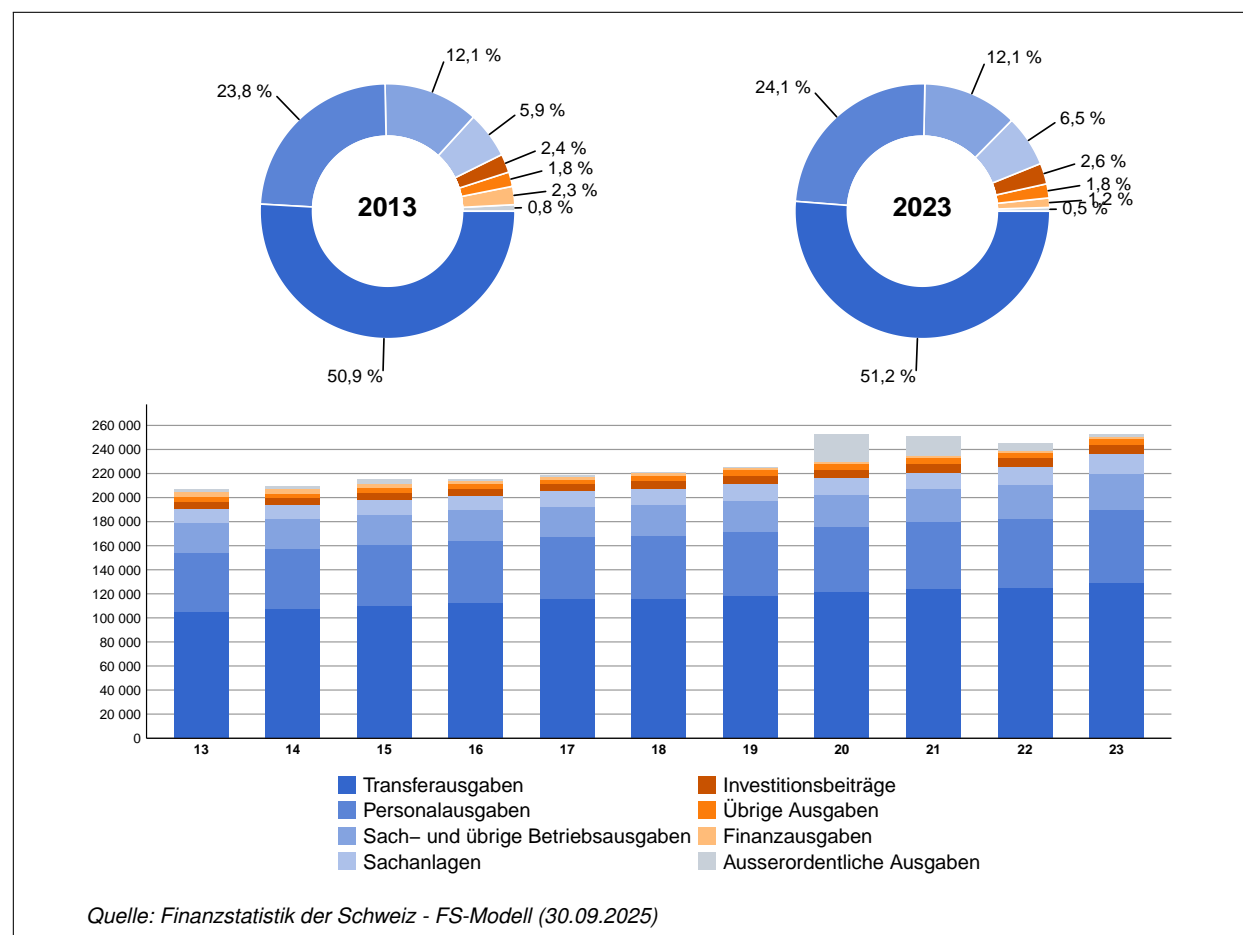


Seit 2013 sind die Staatseinnahmen um 47,3 Milliarden Franken und die ordentlichen Einnahmen um 23,2 % gestiegen. Wie Abbildung 2 zu entnehmen ist, blieb die Finanzierungsstruktur des Staatssektors im Zeitraum 2013-2023 sehr stabil. Die Steuern als wichtigste Finanzierungsquelle des Staates machten 2023 einen Anteil von 85,9 % an den Gesamteinnahmen, also 219,7 Milliarden von 255,9 Milliarden aus. Auf die Einnahmen aus den direkten Steuern der natürlichen Personen entfiel 2023 mit 30,2 % der grösste Anteil an den Gesamteinnahmen. An zweiter Stelle stehen die Sozialversicherungsbeiträge der Versicherten und Arbeitgeber, die im Jahr 2023 53,7 Milliarden bzw. 21,0 % der Gesamteinnahmen generierten. Auf die beiden genannten Haupteinnahmekategorien entfällt seit 2013 mehr als die Hälfte der Einnahmen des Staatssektors. Dies dürfte auch in den nächsten Jahren so bleiben.

Ausgaben nach Arten - Die Abbildung 3 zeigt die Struktur der Ausgaben nach Arten. Die meisten Mittel des Staatssektors flossen via Transferausgaben an die anderen Wirtschaftssektoren (Unternehmen, Haushalte). So auch die Ausgaben für die in der Corona-Pandemie ergriffenen Massnahmen, die hauptsächlich als ausserordentliche Transferzahlungen den krisenbetroffenen Unternehmen, Arbeitneh-

menden und Selbstständigerwerbenden zugutekamen. Diese ausserordentlichen Transferzahlungen beliefen sich 2023 auf 1,0 Milliarden Franken, was einem Rückgang von 14,9 Milliarden gegenüber dem Höchststand im Jahr 2020 entspricht. Sie umfassen auch die Transfers vom Bund an die Kantone zur Finanzierung der Sozialhilfepauschalen zugunsten der Schutzsuchenden aus der Ukraine.

Abbildung 3: Ausgaben nach Arten (Mio. CHF und Anteil am Total)

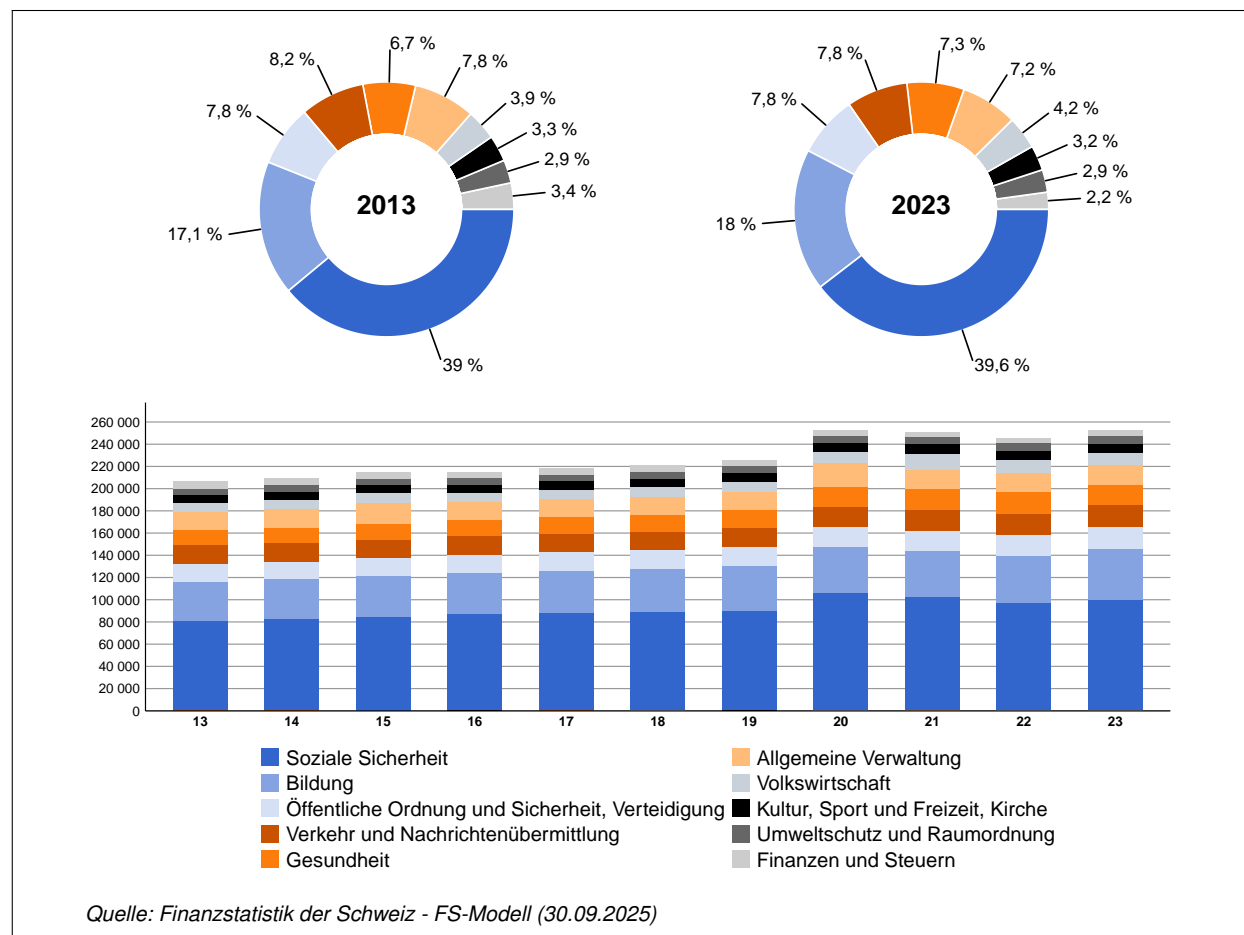


Über den Zeitraum von 10 Jahren betrachtet nahmen die ordentlichen Transferausgaben um 24,1 Milliarden Franken zu. Sie stellen die grösste Ausgabenrubrik dar. Gegenüber 2013 stieg ihr Anteil an den Gesamtausgaben leicht von 50,9 % auf 51,2 % im Jahr 2023. Rückläufig war hingegen der Anteil der Finanzausgaben am Ausgabentotal, der zwischen 2013 und 2023 von 2,3 % auf 1,2 % sank. In diesem Zeitraum gingen die Finanzausgaben insgesamt um 1,8 Milliarden zurück. Dies erklärt sich durch den beständigen Zinsrückgang bis 2021 und den Schuldenabbau bis 2019. Seit 2022 sind die Zinsausgaben aufgrund der höheren Schulden im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und der Zinswende wieder gestiegen..

Wie aus Abbildung 3 ebenso hervorgeht, sind seit 2013 die Personalausgaben um 11,6 Milliarden (23,7 %) auf 60,7 Milliarden und die Sach- und übrigen Betriebsausgaben um 21,9 % auf 30,4 Milliarden gestiegen. Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben sind beide Ausgabenarten jedoch relativ stabil geblieben: Während der Anteil der einen um 0,3 Prozentpunkte zunahm, blieb der Anteil der anderen unverändert.

Ausgaben nach Funktionen - Die Entwicklung und die Struktur der Ausgaben des Staatssektors gemäss funktionaler Gliederung des HRM2 sind in Abbildung 4 dargestellt. Die Gesamtausgaben beliefen sich im Jahr 2023 auf 252,1 Milliarden, gegenüber 2013 nahmen diese um 45,8 Milliarden Franken (bzw. um 22,2 %) zu. Auf die Aufgabenbereiche “Soziale Sicherheit” und “Bildung” entfielen 2023 39,6 % bzw. 18,0 % der Gesamtausgaben des Staatssektors.

Abbildung 4: Ausgaben nach Funktionen (Mio. CHF und Anteil am Total)



Die Bildung stellt den zweitgrössten Ausgabenbereich gemäss funktionaler Gliederung dar. 2023 betrugen die ordentlichen Bildungsausgaben des Staatssektors 45,5 Milliarden Franken. Sie sind seit 2013 um 10,3 Milliarden bzw. 29,1 % gestiegen. Die höchsten Zunahmen im 10-Jahresvergleich verzeichneten dabei die Rubriken “obligatorische Schule” (5,5 Mrd.), “Hochschulen” (2,0 Mrd.) und “Forschung” (1,1 Mrd.).

Im Bereich der sozialen Sicherheit haben die Ausgaben seit 2013 um 19,4 Milliarden zugenommen (+24,1 %). Dieser Anstieg zeigt sich mehrheitlich in der Erhöhung der Ausgaben an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. So stiegen die Ausgaben für “Alter + Hinterlassene” im Zeitraum von 2013 bis 2023 um 10,5 Milliarden auf 54,6 Milliarden. Die Ausgaben für “Sozialhilfe und Asylwesen” haben seit 2013 einen Anstieg um 3,5 Milliarden verzeichnet. Im gleichen Zeitraum stiegen die ordentlichen Ausgaben in den beiden Funktionsgruppen “Invalidität” sowie “Krankheit und Unfall” um ungefähr 3,8 Milliarden an. Für “Soziale

Sicherheit“ gaben die öffentlichen Haushalte im Jahr 2023 insgesamt 99,7 Milliarden aus, davon waren 1,0 Milliarden ausserordentlich. Die ausserordentlichen Ausgaben waren vorwiegend für Transfers zugunsten von Privathaushalten im Rahmen der Asyl- und Flüchtlingspolitik bestimmt.

Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise betrugen auf Bundesebene im Jahr 2023 fast 1,1 Milliarden Franken. Sie entsprechen den Beiträgen an die Kantone. Auf Kantonsebene stehen deswegen Ausgaben in derselben Höhe zu Buche, wobei die grösste Position (0,63 Mrd.) das Flüchtlingswesen und Wohnen betrifft. Für 2024 belaufen sich die Kosten auf Bundesebene für die Ukraine-Beiträge an die Kantone auf 1,4 Milliarden. Für die Kantone werden Ausgaben in ähnlicher Höhe erwartet.

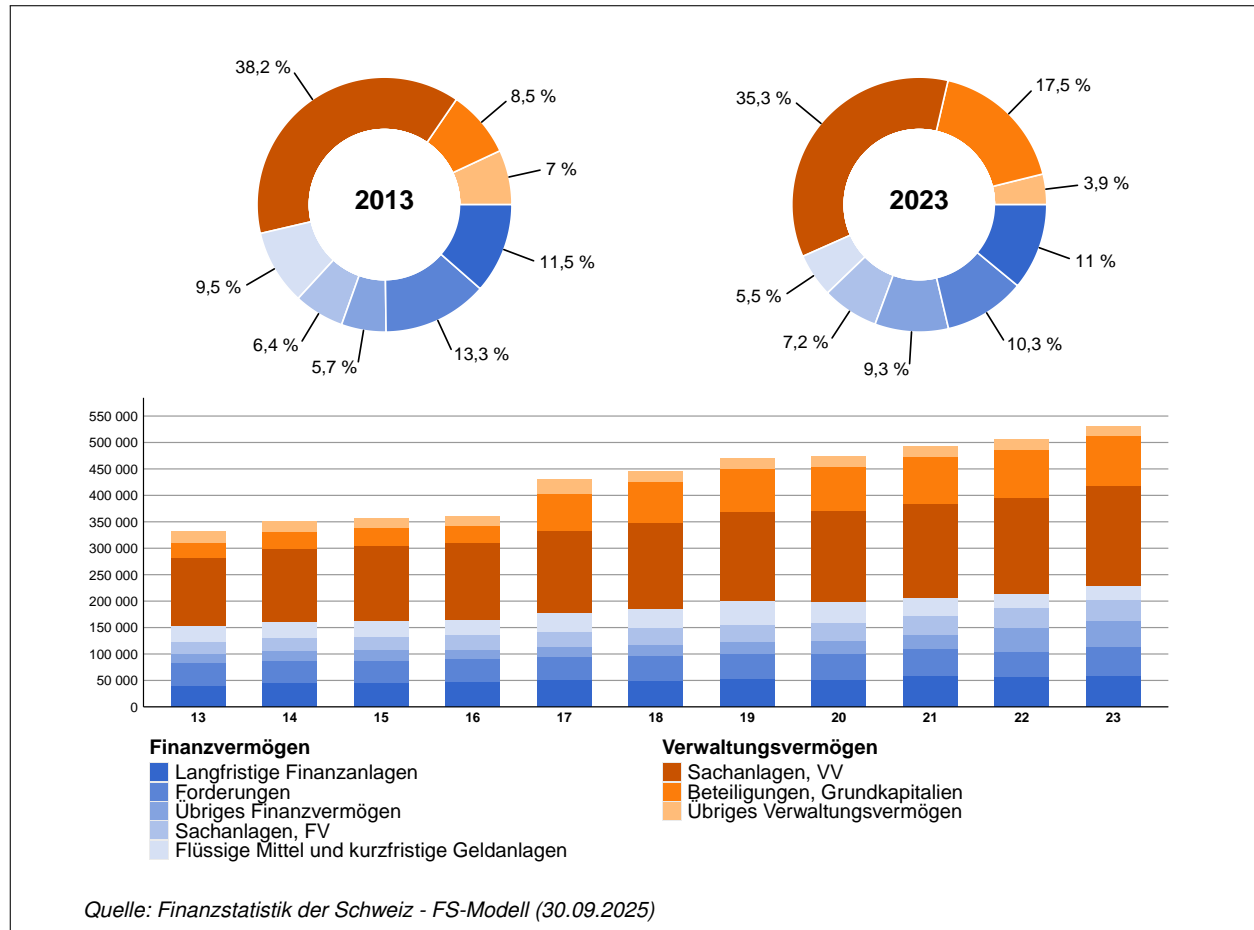
3.2 Bilanz und Verschuldung

Der Unterabschnitt zu Bilanz und Verschuldung befasst sich mit der Entwicklung und Struktur der Bilanz des Staatssektors seit 2013. Zudem behandelt er auch die Entwicklung der Verschuldung im gleichen Zeitraum.

Aktiven - Ende 2023 beliefen sich die Aktiven der Staatsbilanz auf insgesamt 531,4 Milliarden Franken, dies sind 24,4 Milliarden (4,8 %) mehr als Ende 2022. Im 10-Jahresvergleich nahm die Bilanzsumme um 199,3 Milliarden zu. Dieser starke Anstieg lässt sich zu einem grossen Teil den Aufwertungen der Aktiven durch die Kantone und Gemeinden beim Übergang zum neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2) zuschreiben. Allein der Wert an Sachanlagen des Verwaltungsvermögens hat sich seit Ende 2013 um 60,6 Milliarden auf 187,4 Milliarden erhöht und machte 35,3 % der Gesamtbilanz von 2023 aus. Mit einem Mehrbetrag von 64,8 Milliarden gegenüber 2013 wuchs auch die Rubrik “Beteiligungen und Grundkapitalien” stark. So erhöhte sich ihr Anteil am Total der Aktiven zwischen 2013 und 2023 von 8,5 % auf 17,5 %.² Was das Finanzvermögen betrifft, haben die langfristigen Finanzanlagen seit 2013 einen starken Anstieg verzeichnet (+20,2 Mrd.). Die flüssigen Mittel und kurzfristigen Geldanlagen sind gegenüber 2013 um 2,1 Milliarden zurückgegangen.

² Mit der Rechnung 2017 wurden gemäss Parlamentsbeschluss zur Optimierung des Rechnungsmodells (14.077) umfangreiche Änderungen in der Rechnungslegung umgesetzt. Die Anpassungen betrafen insbesondere die Bereiche Finanzinstrumente, Beteiligungen, Personalvorsorge und Rüstungsmaterial.

Abbildung 5: Aktiven nach FS (Mio. CHF und Anteil am Total)

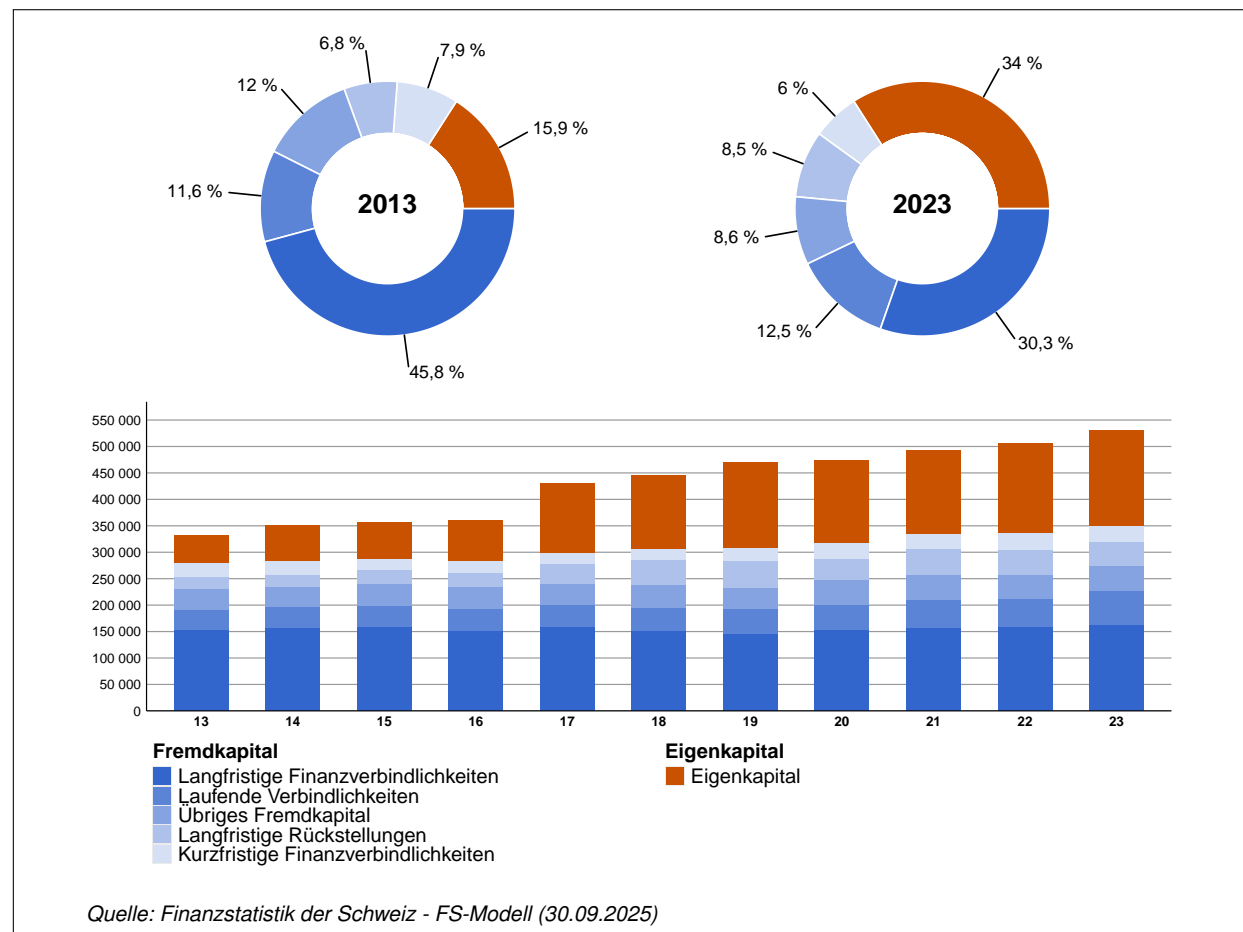


Passiven - Gemäss den definitiven Zahlen der Finanzstatistik betrug das Fremdkapital des Staatssektors Ende 2023 350,5 Milliarden Franken. Im Vorjahresvergleich nahm es um 13,0 Milliarden und im 10-Jahresvergleich um 71,3 Milliarden (+25,5 %) zu. Für die Entwicklung über 10 Jahre war primär die Erhöhung der langfristigen Rückstellungen verantwortlich, die rund 22,6 Milliarden (+100,8 %) über dem Wert von Ende 2013 lagen. Dieser Anstieg war im Wesentlichen dem Teilsektor Bund zuzuschreiben, dessen Rückstellungen für zukünftige Verrechnungssteuerrückerstattungen stark wuchsen. Die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten sowie die passiven Rechnungsabgrenzungen stiegen im 10-Jahresvergleich ebenfalls deutlich an, nämlich um 5,7 bzw. 8,6 Milliarden. Der starke Eigenkapitalanstieg bei den öffentlichen Haushalten schliesslich kam aufgrund der guten Ergebnisse und aufgrund von Anpassungen mit dem Wechsel auf HRM2 zustande. Gegenüber 2013 nahm das Eigenkapital um 128,0 Milliarden zu.

Die Entwicklung der verschiedenen Passivpositionen zeigt sich in Abbildung 6. Der Anteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten ist seit 2013 um 15,4 Prozentpunkte auf 30,3 % der gesamten Passiven gesunken. Dafür erhöhte sich in diesem Zeitraum der Eigenkapitalanteil um 18,1 Prozentpunkte auf 34,0 %.³

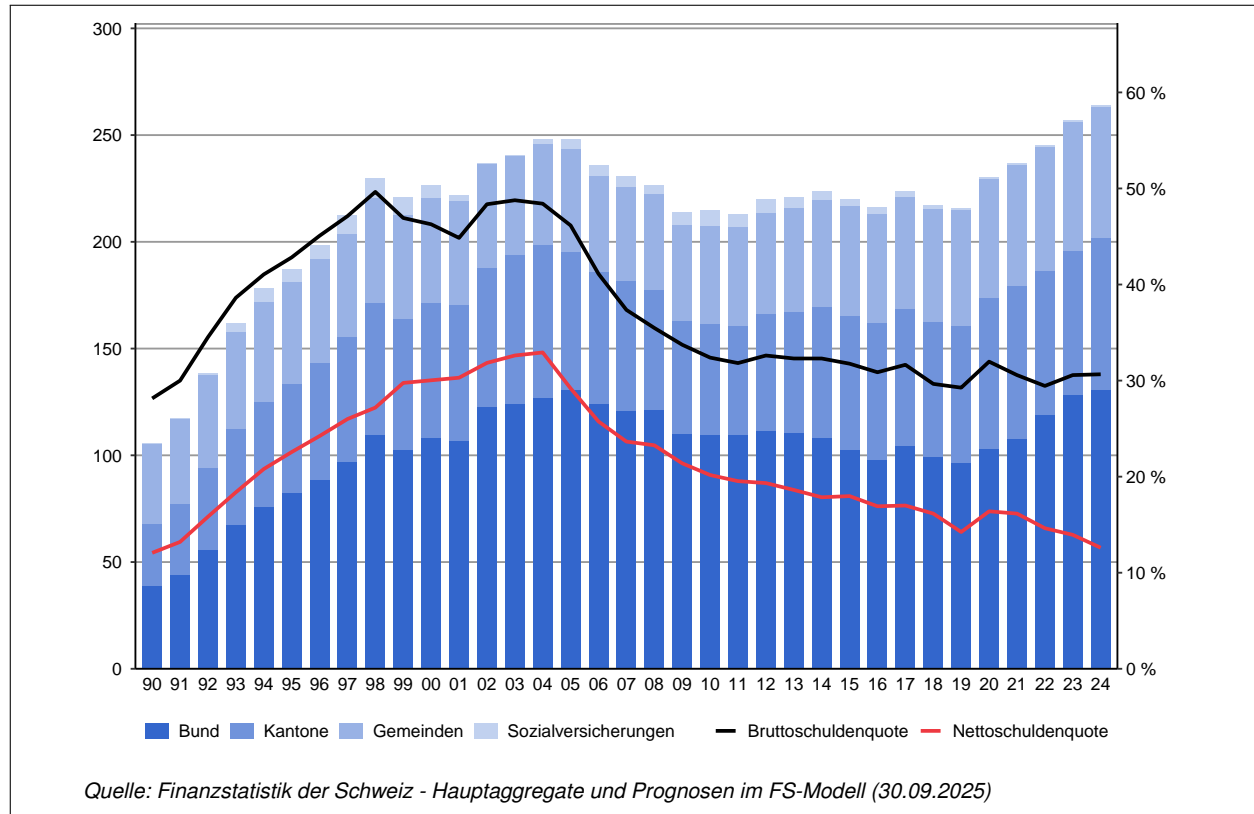
³ Im Rahmen des Parlamentsbeschlusses zur Optimierung des Rechnungsmodells (14.077) stieg das Eigenkapital des Bundes im Jahr 2017 ins Plus. Dies war vor allem auf die höhere Bewertung der Beteiligungen an den konzessionierten Transportunternehmen (KTU) zurückzuführen. Der Anstieg ergab sich aus dem positiven Rechnungsergebnis sowie aus Buchgewinnen bei den Vorsorgeverpflichtungen, die direkt im Eigenkapital verbucht werden.

Abbildung 6: Passiven nach FS (Mio. CHF und Anteil am Total)



Verschuldung - Die Summe der laufenden Verbindlichkeiten sowie der kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten nach Abzug des bilanzierten Wertes der kurz- und langfristigen derivativen Finanzinstrumente und des Bilanzwerts der passivierten Investitionsbeiträge entspricht den Bruttoschulden gemäss dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2). Nach Definition des HRM2 setzen sich die Nettoschulden zusammen aus dem gesamten Fremdkapital abzüglich der passivierten Investitionsbeiträge und des Finanzvermögens. Abbildung 7 veranschaulicht die Entwicklung der nominalen Bruttoschulden seit 1990 für den Staatssektor und die vier Teilsektoren (blaue Balken) sowie die Entwicklung der Bruttoschulden (schwarze Kurve) und der Nettoschulden (rote Kurve) in Prozent des nominalen BIP für den Staatssektor.

Abbildung 7: Schuldenentwicklung nach FS in Mrd. CHF (linke Skala) und in % nominelles BIP (rechte Skala)



Die nominalen Bruttoschulden stiegen Anfang der 90er-Jahre in hohem Tempo an und erreichten 2004 mit 246,3 Milliarden Franken einen vorläufigen Höchstwert. 2004 begannen die Bruttoschulden dank einer günstigen Wirtschaftslage, der Einführung der Schuldenbremse beim Bund sowie der Fiskalregeln bei den Kantonen und Gemeinden nominal und in Prozent des BIP zu sinken. Dieser Trend hielt bis 2011 an und verlangsamte sich danach deutlich. Zwischen 2013 und 2019 stabilisierten sich die Bruttoschulden bei 216 Milliarden. Zur Finanzierung der coronabedingten Mehrausgaben erhöhten die öffentlichen Haushalte, insbesondere der Teilsektor Bund, die Bruttoschulden deutlich. Gemäss aktuellen Zahlen dürften die Bruttoschulden der öffentlichen Haushalte Ende 2024 den Stand von 261,8 Milliarden erreichen.

Die Kurve der Nettoschulden verläuft ähnlich wie jene der Bruttoschulden, jedoch auf tieferem Niveau. Die Zunahme der Nettoverschuldung in den Jahren 2020 und 2021 ist auf die Finanzierung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurückzuführen. Diese Mehrausgaben des Bundes und der Kantone wurden einerseits mit Mitteln des Finanzvermögens finanziert und andererseits über Finanzverbindlichkeiten (Geldmarktbuchforderungen und Anleihen) gedeckt.

4 Öffentliche Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich (GFS)

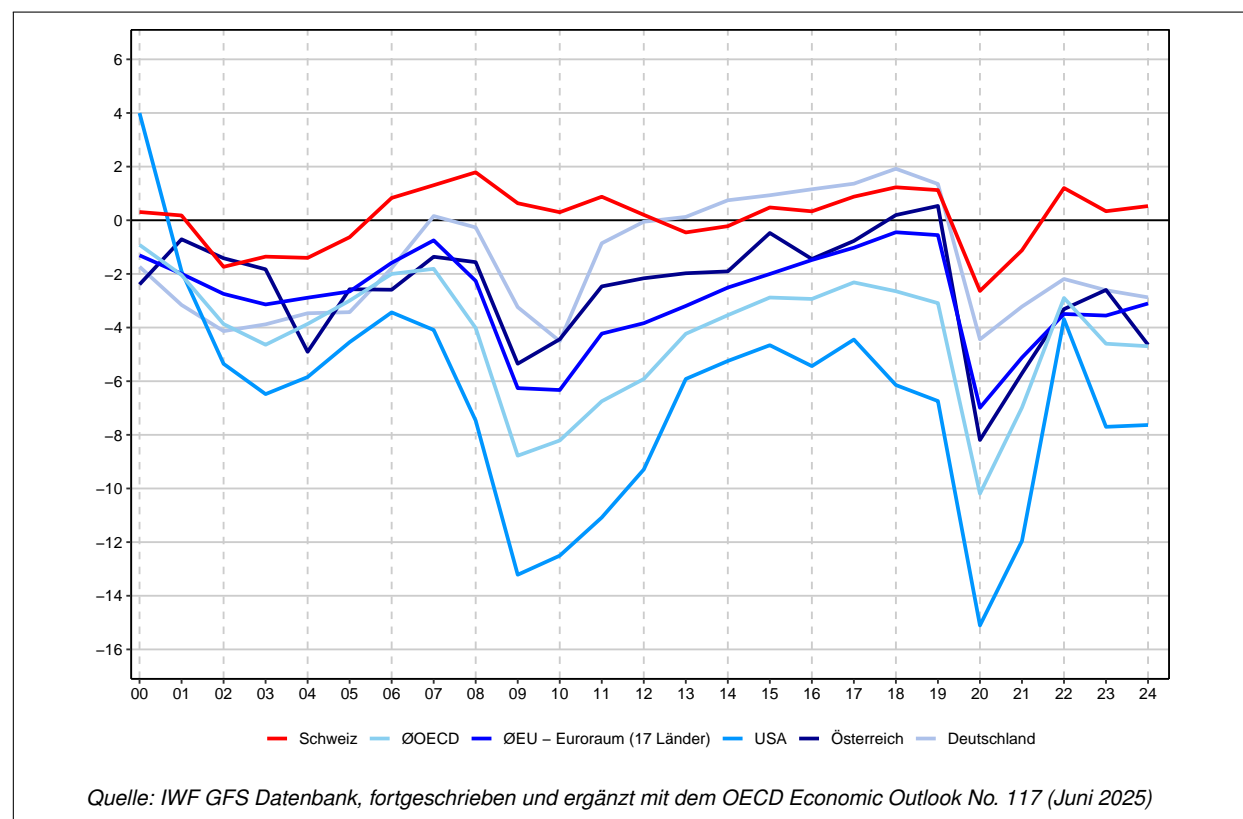
Zu Zwecken der internationalen Vergleichbarkeit werden die Finanzen der öffentlichen Haushalte auch nach den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (IWF) veröffentlicht.

4.1 Finanzierungssaldo, Einnahmen und Ausgaben

Dieses Unterkapitel vergleicht den Finanzierungssaldo sowie die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte der Schweiz mit einzelnen ausgewählten Ländern und den Durchschnitts der OECD und des Euroraums. Zudem werden die Ausgaben der Schweiz anhand der Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staates (Classification of the Functions of Government, kurz COFOG) international verglichen.

Finanzierungssaldo - Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte ergibt sich nach den Richtlinien des IWF aus der Differenz zwischen den Gesamteinnahmen und den Gesamtausgaben. Im Verhältnis zum nominalen BIP entspricht er der Defizit-/Überschussquote der öffentlichen Haushalte. Die Normalisierung anhand des BIP ermöglicht die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Ländern. Die nachfolgende Abbildung zeigt die Defizit-/Überschussquoten der Schweiz, ihrer Nachbarstaaten Deutschland und Österreich, der USA sowie der OECD und des Euroraums. Die Quote der Schweiz liegt mehrheitlich über den anderen Quoten, einzig jene von Deutschland war in den Jahren 2013 bis 2019 leicht höher.

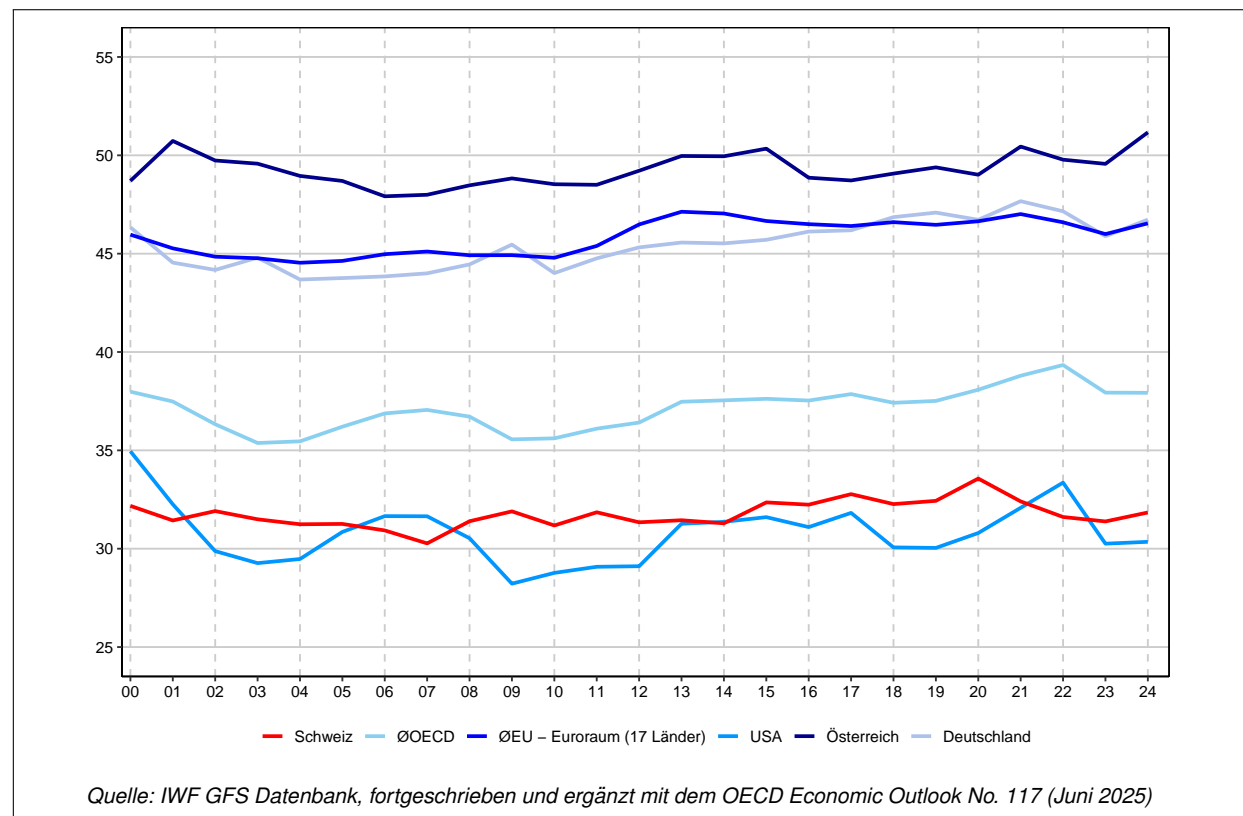
Abbildung 8: Entwicklung der Defizit-/Überschussquoten (in % des nom. BIP)



Die Corona-Pandemie führte im Jahr 2020 zu Rekorddefiziten in den öffentlichen Finanzen der meisten Länder. Gemäss Abbildung 8 stieg die Defizitquote der Schweiz jedoch weniger stark an als jene der OECD-Staaten oder des Euroraums. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass in der Schweiz sowohl das Finanzierungsdefizit als auch der Rückgang des BIP geringer ausfielen als in den übrigen Staaten.

Seit 2022 bewegt sich der Finanzierungssaldo der Schweiz wieder im Plus. Die Saldi der USA, der OECD und der Staaten des Euroraums hingegen haben sich gegenüber 2020 zwar deutlich verbessert, verharren aber im Minus. Während die Schweiz für 2023 und 2024 einen leichten Überschuss von 0,3 bzw. 0,5 % des BIP aufweist, ist die Entwicklung der Saldi der übrigen Länder und Staatenblöcke unterschiedlich. Die Defizitquote des Euroraums (17 Länder) nimmt weiter ab, obwohl sich die Situation in einzelnen Ländern wie Österreich oder Deutschland verschlechtern dürfte. Nach ihrem starken Anstieg im Jahr 2023 dürfte die Defizitquote der USA 2024 mit -7,6 % des BIP stabil bleiben. Die Situation in den USA scheint die Entwicklung der Defizitquote des OECD-Raums zu beeinflussen, da diese im Jahr 2024 auf -4,7 % ansteigen dürfte.

Einnahmenquote - Die Einnahmenquote stellt die Gesamteinnahmen des Staates in Relation zur Wirtschaftsleistung (BIP) dar. Die Entwicklung dieser Quote ist demnach davon abhängig, wie sich die Einnahmen und das BIP entwickeln (Ausmass und Richtung). Die Einnahmenquoten der in Abbildung 9 betrachteten Länder weisen seit 2000 grundsätzlich eine stabile, leicht steigende Entwicklung auf. Die Einnahmen des Staates hängen primär von den Fiskaleinnahmen und den Sozialversicherungsbeiträgen ab. Da die Einnahmen grundsätzlich von der Wirtschaftsleistung des Landes abhängen, bleibt das Verhältnis zwischen Staatseinnahmen und BIP (und damit die Einnahmenquote) über die Zeit relativ stabil. Bei den USA und in gewisser Weise auch bei der Schweiz ist bezüglich der Einnahmenquote im Vergleich zu den übrigen Ländern über den betrachteten Zeitraum jedoch eine etwas volatilere Entwicklung zu erkennen.

Abbildung 9: Entwicklung der Einnahmenquoten (in % des nom. BIP)

Im Jahr 2023 sank die Einnahmenquote aller betrachteten Länder und Staatenblöcke. In der Schweiz ging sie um 0,2 Prozentpunkte auf 31,4 % zurück, und das, obwohl die Fiskaleinnahmen angestiegen waren. Der Rückgang der Einnahmenquote der Schweiz ist auf die ausbleibende Gewinnausschüttung der SNB an Bund und Kantone im Jahr 2023 zurückzuführen, die im Vorjahr noch stattgefunden hatte. Während die Einnahmenquote Österreichs ebenfalls um 0,2 Prozentpunkte sank, ging die Quote Deutschlands um 1,3 Prozentpunkte zurück. Bei den USA ist der Rückgang der Einnahmenquote mit -3,1 Prozentpunkten besonders ausgeprägt. Diese Entwicklung beeinflusste den OECD-Durchschnitt, der um 1,4 Prozentpunkte sank.

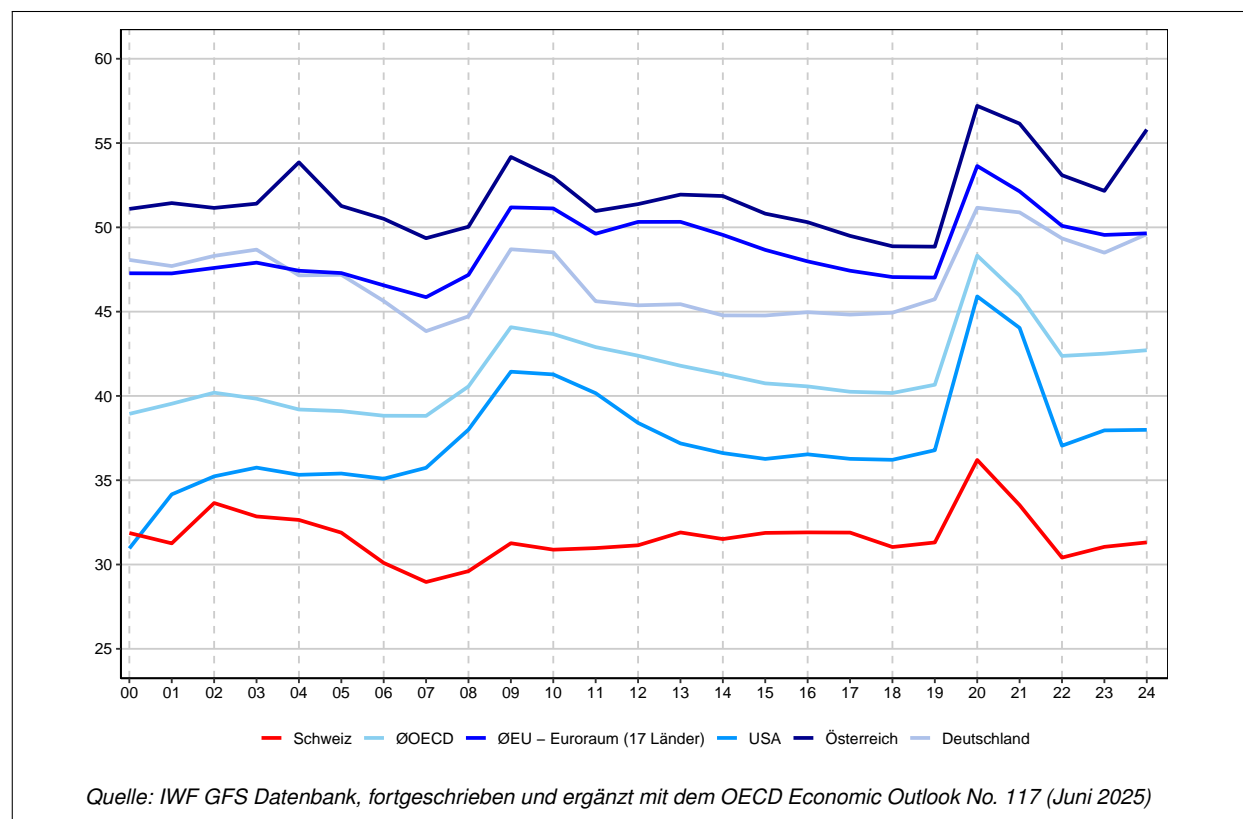
Im Jahr 2024 stieg die Einnahmenquote der meisten Länder an oder blieb stabil. In der Schweiz erhöhte sie sich um 0,5 Prozentpunkte auf 31,8 %. Der Euroraum (17 Länder) verzeichnete einen ähnlichen Anstieg und weist eine Quote von 46,5 % auf. Während der Anstieg der Einnahmenquote Deutschlands praktisch dem europäischen Durchschnitt entsprach (+0,8 Prozentpunkte), fiel er in Österreich stärker aus (+1,6 Prozentpunkte, auf 51,2 %). Die Einnahmenquote der USA und des OECD-Raums dürften 2024 stabil bleiben.⁴

Staatsquote - Die Staatsquote stellt die Ausgaben des Staates in Relation zur Wirtschaftsleistung (BIP) dar. In Abbildung 10 sticht der sprunghafte Anstieg und der darauffolgende Rückgang der Staatsquoten ab 2020 ins Auge. Als Folge der Corona-Pandemie führten 2020 die Massnahmen zur Bewältigung der Wirt-

⁴ In der Schweiz werden die Beiträge an Krankenkassen und Pensionskassen bei der Einnahmenquote nicht berücksichtigt, da diese Institutionen nicht zum Staatssektor gehören. Dies kann in anderen Staaten anders sein, zum Beispiel wenn ähnliche Institutionen grösstenteils über Steuern finanziert werden. Die internationalen Vergleiche sind daher mit Unsicherheiten behaftet.

schaftskrise zu stark steigenden Ausgaben. Der gleichzeitige Rückgang des BIP verstärkte den Anstieg der Staatsquoten noch. Aufgrund der finanzpolitischen und wirtschaftlichen Normalisierung nach der Pandemie sanken die Staatsquoten daraufhin deutlich und bewegten sich in den meisten Ländern wieder in Richtung Vorkrisenniveau. Die Staatsquote der Schweiz weist eine ähnliche Entwicklung auf.

Abbildung 10: Entwicklung der Staatsquoten (in % des nom. BIP)

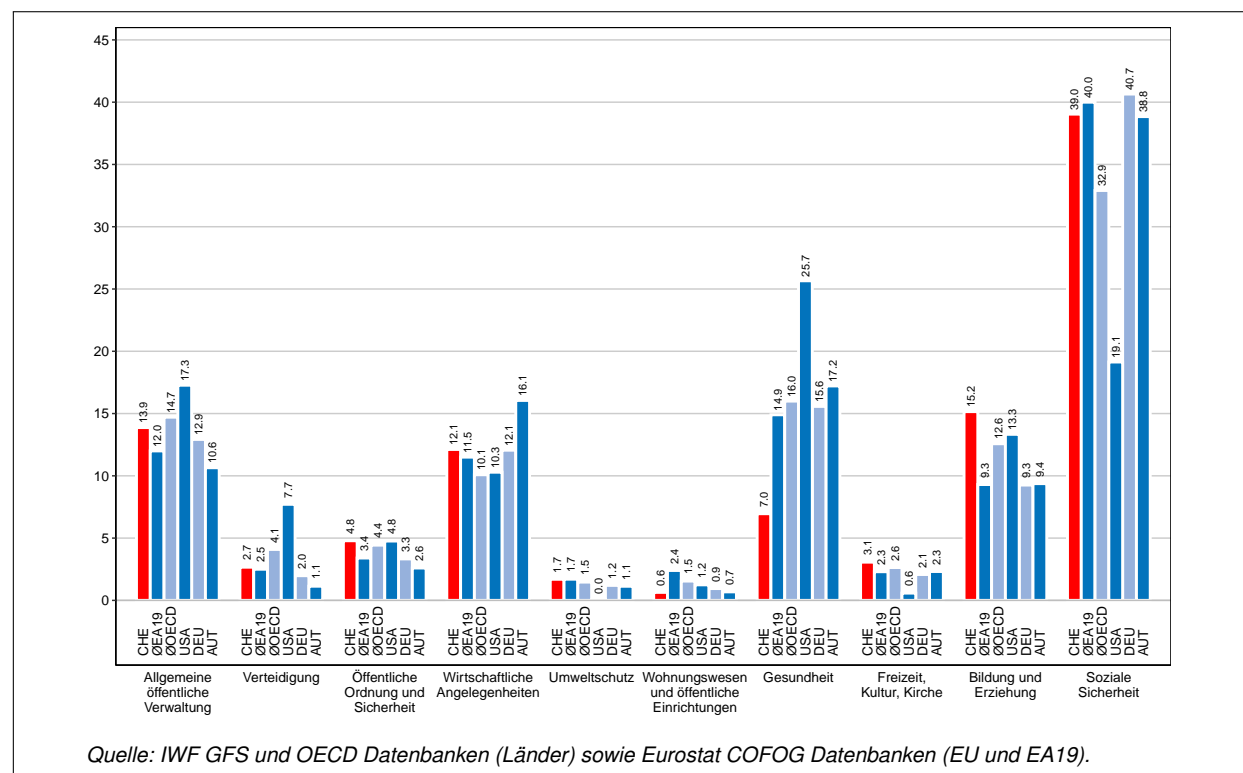


Im Jahr 2023 erhöhte sich die Staatsquote der Schweiz um 0,6 Prozentpunkte auf 31,0 % und jene der USA um 0,9 Prozentpunkte auf 38,0 %. In Deutschland sank sie dagegen um 0,8 Prozentpunkte auf 48,5 %, in Österreich um 0,9 Prozentpunkte auf 52,2 % und im Euroraum (17 Länder) um 0,5 Prozentpunkte auf 49,6 %.

Im Jahr 2024 dürfte die Staatsquote der Schweiz um 0,3 Prozentpunkte steigen und damit ihr Niveau von vor der Corona-Pandemie erreichen (31,3 %). Die Staatsquote dürfte bei allen im Vergleich betrachteten Staaten steigen, ausser bei den USA. Bei Österreich dürfte der Anstieg besonders stark ausfallen (+3,6 Prozentpunkte). Die relativ stabile Entwicklung in den USA erklärt sich unter anderem durch das robuste und beständige Wirtschaftswachstum zwischen 2022 und 2024.

Es ist anzumerken, dass die Zahlen für 2024 noch vorläufig sind und noch revidiert werden können.

Ausgaben nach COFOG im internationalen Vergleich - Mit der Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staates (Classification of the Functions of Government, kurz COFOG) lassen sich die Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen ordnen und internationale Vergleiche durchführen. Abbildung 11 zeigt, für welche Aufgabenbereiche im Jahr 2023 am meisten Gelder im Verhältnis zum Total der Staatsausgaben ausgegeben wurden.

Abbildung 11: Staatsausgaben nach Funktionen (COFOG) in 2023 (in % der Totalausgaben)

Die Staatsausgaben in den dargestellten Ländern konzentrieren sich überwiegend auf die Bereiche “Soziale Sicherheit”, “Gesundheit”, “Bildung und Erziehung”, “Wirtschaftliche Angelegenheiten” und “Allgemeine öffentliche Verwaltung”.

Soziale Sicherheit ist in den meisten Ländern der grösste Posten. Im Euroraum liegt der Anteil der Ausgaben für Soziale Sicherheit bei 40,0 %, wobei Österreich und Deutschland mit 38,8 % bzw. 40,7 % Werte aufweisen, die nahe an diesem Durchschnitt liegen. In den USA ist der Anteil mit 19,1 % deutlich niedriger. In der Schweiz betrug 2023 der Anteil für “Soziale Sicherheit” an den Gesamtausgaben 39,0 %. Dieser Anteil lag damit leicht unter dem Durchschnitt des Euroraums, aber über dem Durchschnitt der OECD.

Während für viele Vergleichsländer der Gesundheitsbereich 2023 die zweitgrösste Ausgabeposition der öffentlichen Haushalte darstellte, lagen die Gesundheitsausgaben der Schweiz an fünfter Stelle. Das erklärt sich dadurch, dass das Gesundheitssystem in vielen europäischen Ländern über öffentliche und nicht wie in der Schweiz über private Haushalte finanziert wird. Durchschnittlich lagen diese Ausgaben im Euroraum (19 Länder) bei 14,9 % und in den OECD-Staaten bei 16,0 % der Gesamtausgaben. Bei der Schweiz betrug der Anteil der Gesundheitsausgaben 7,0 %. Unter den dargestellten Ländern geben die USA mit 25,7 % am meisten für die Gesundheit aus.

Der Bereich “Wirtschaftliche Angelegenheiten”, der unter anderem die Infrastruktur und die wirtschaftliche Förderung umfasst, macht 2023 in der Schweiz 12,1 % der Ausgaben aus. Dies liegt leicht über dem OECD- und Euroraum-Durchschnitt von 10,1 % bzw. 11,5 %, jedoch unter dem österreichischem Wert von 16,1 %. Die USA geben hier 10,3 % aus.

Die Ausgaben für “Allgemeine öffentliche Verwaltung” waren in der Schweiz mit 13,9 % im Jahr 2023 leicht höher als der Durchschnitt des Euroraums (12,0 %), jedoch tiefer als die Ausgaben der USA (17,3 %) und der OECD (14,7 %). Deutschland lag nahe dem Durchschnitt des Euroraums, während Österreich von den abgebildeten Ländern mit 10,6 % den tiefsten Anteil aufwies.

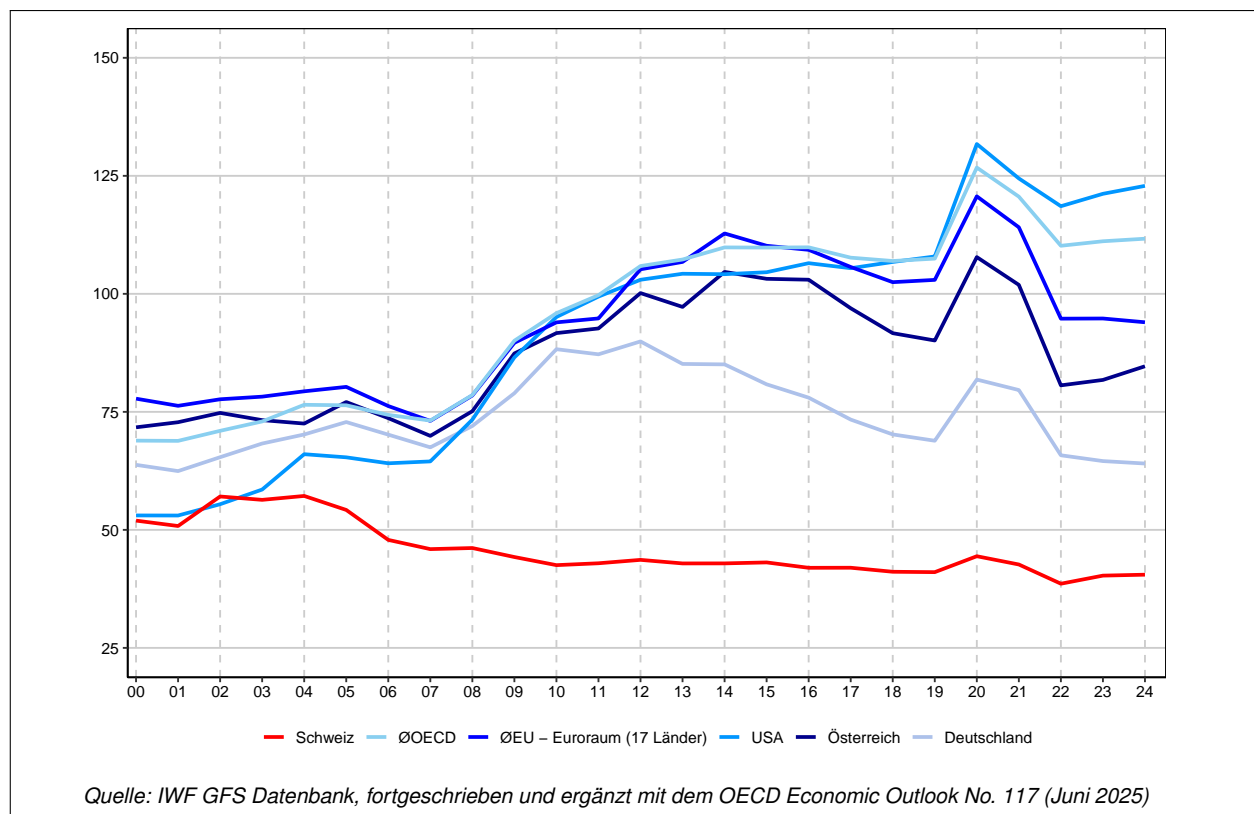
Für “Bildung und Erziehung” gaben 2023 die öffentlichen Haushalte der Schweiz 15,2 % der Gesamtausgaben aus. Im Vergleich zu den Staaten der OECD und des Euroraums lag dieser Ausgabenanteil deutlich über dem Durchschnitt. Nur die USA wiesen mit 13,3 % einen ähnlich hohen Anteil auf. Der Durchschnitt des Euroraums (9,3 %) und die Anteile von Deutschland (9,3 %) und Österreich (9,4 %) liegen allesamt unterhalb von 10 %.

4.2 Verschuldung

Dieses Unterkapitel vergleicht die Schuldenquote der Schweiz mit jener einzelner ausgewählter Länder. Für die Fremdkapitalquote existieren auch offiziell publizierte Durchschnitte aller OECD-Staaten und des Euroraums (17 Länder). Die Nettoschuldenquote der OECD-Staaten entspricht dem Durchschnitt der jeweiligen nationalen Quoten in dieser Kategorie. Die Nettoschuldenquote des Euroraums (19 Länder) stammt hingegen direkt aus der Datenbank “World Economic Outlook” des IWF.

Fremdkapitalquote - Die Fremdkapitalquote misst die Bruttoschulden des Staatssektors nach den Richtlinien des IWF in Relation zur Wirtschaftsleistung (BIP). Abbildung 12 zeigt die Entwicklung der Fremdkapitalquote der Schweiz sowie ausgewählter Länder und Staatenblöcke. Die Fremdkapitalquote der Schweiz ist praktisch über den gesamten Zeitraum niedriger als jene der übrigen Länder. Abbildung 12 zeigt auch, wie stabil die Fremdkapitalquote der Schweiz ist.

Abbildung 12: Entwicklung der Fremdkapitalquoten (in % des nom. BIP)

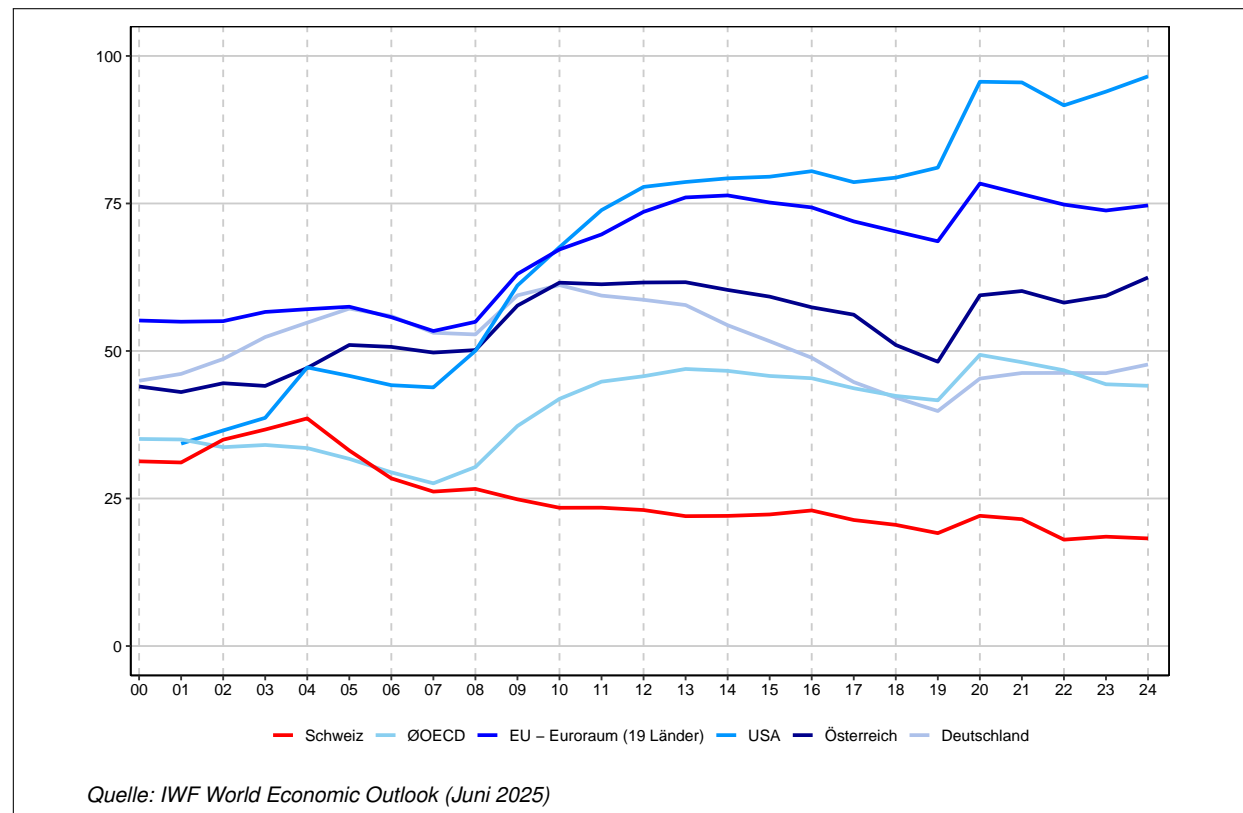


2022 ist die Fremdkapitalquote in vielen Staaten beträchtlich gesunken, nachdem sie im Jahr 2020, bedingt durch die Stabilisierungsmassnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Konsequenzen der Corona-Pandemie, massiv angestiegen war. Aufgrund des Umfangs der Massnahmen hatten sich zahlreiche Staaten neu verschulden müssen. Im Jahr 2022 sank die Fremdkapitalquote der Schweiz demnach um 4,1 Prozentpunkte. Die USA verzeichneten einen ähnlich hohen Rückgang der Quote (-5,9 %). Bei den Staaten des Euroraums (-19,4 Prozentpunkte) und der OECD (-10,4 Prozentpunkte) ging die Fremdkapitalquote hingegen deutlich stärker zurück. Dieser markante Rückgang ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die meisten Länder aufgrund der Aufholeffekte infolge der Corona-Pandemie ein starkes Wirtschaftswachstum verzeichneten.

Gemäss aktuellen Zahlen dürfte das Fremdkapital der öffentlichen Haushalte der Schweiz (insb. auf Bundesebene) nach einem Rückgang im Jahr 2022 nominal wieder steigen und 2024 einen Stand von 345,9 Milliarden Franken erreichen. Die Fremdkapitalquote dürfte somit 2024 leicht ansteigen. In den übrigen betrachteten Ländern und Staatenblöcken dürfte die Entwicklung unterschiedlich ausfallen. Während die Fremdkapitalquote Deutschlands und des gesamten Euroraums leicht sinken dürfte, ist bei der Quote Österreichs und der USA ein deutlicher Anstieg zu erwarten. Die durchschnittliche Quote der OECD-Staaten dürfte moderat ansteigen.

Nettoschuldenquote - Nach den GFS-Standards des IWF entspricht die Nettoschuldenquote den Bruttoschulden abzüglich des Finanzvermögens, ausgedrückt in Prozent des BIP. Abbildung 13 zeigt die Entwicklung der Nettoschuldenquote seit 2000 in der Schweiz und einer Auswahl weiterer Länder und Staatenblöcke.

Abbildung 13: Entwicklung der Nettoschuldenquoten (in % des nom. BIP)



Die Nettoschuldenquote der Schweiz erreichte Ende 2004 mit 38,6 % des BIP ihren Höhepunkt. Danach sank sie bis auf 19,1 % im Jahr 2019. Selbst in den Jahren nach der Finanzkrise von 2008 nahm die Nettoschuldenquote ab, während sie in den übrigen betrachteten Ländern und Staatenblöcken stark anstieg.

Wegen des hohen Finanzierungsbedarfs für die Stabilisierungsmassnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Krise im Jahr 2020 stiegen die Nettoschulden für die meisten Länder, einschliesslich der Schweiz, stark an. Seit 2020 fällt die Entwicklung unterschiedlich aus. Während die Nettoschuldenquote der Schweiz im Jahr 2024 bis auf 18,2 % des BIP gesunken ist, scheinen die Quoten Deutschlands (+2,4 Prozentpunkte), Österreichs (+3,0 Prozentpunkte) und der USA (+0,9 Prozentpunkte) gestiegen zu sein. Im Euroraum und in den OECD-Staaten scheint die Nettoschuldenquote jedoch durchschnittlich zurückgegangen zu sein (-3,7 Prozentpunkte bzw. -5,2 Prozentpunkte). Diese Zahlen sind mit Unsicherheiten behaftet, da sie noch nicht definitiv sind und noch revidiert werden können. In jedem Fall dürfte die Nettoschuldenquote der Schweiz weiterhin deutlich unter derjenigen der übrigen betrachteten Länder und Staatenblöcke liegen.

Gemessen an der Wirtschaftsleistung belief sich die Nettoschuldenquote der Schweiz 2023 auf 18,5 % des BIP. In Deutschland und Österreich belief sich die Quote auf 46,2 % bzw. 59,3 %. In den USA blieb die Nettoschuldenquote bei 94,0 %, wohingegen sie im Euroraum 73,8 % und in den OECD-Staaten durchschnittlich 44,4 % betrug.

Im Jahr 2024 weist die Entwicklung der Nettoschuldenquote deutliche länderspezifische Unterschiede auf, was die jeweilige wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern widerspiegelt. In der Schweiz sinkt die Quote leicht auf 18,2 %, während sie im Euroraum auf 74,7 % und in den OECD-Staaten durchschnittlich auf 44,1 % zu liegen kommt.

5 Anhang

Die Anhänge zu dieser Publikation sind auf der Website der Eidgenössischen Finanzverwaltung veröffentlicht. Nachfolgend sind die Links zu den entsprechenden Dokumenten aufgeführt:

[Übersicht: Methoden und Modelle der Finanzstatistik](#)

[Umfang der Finanzstatistik](#)

